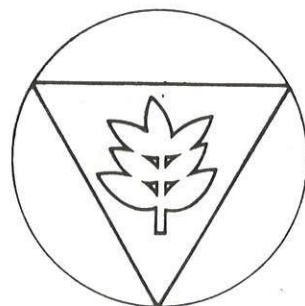


Gedenkstättenrundbrief

Nr. 15

Juni/Juli 1986



Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.

Gedenkstättenreferat

	Seite
<u>Inhaltsangabe</u>	
<u>A Vorbemerkung</u>	3
<u>B Zur Diskussion</u>	
Programm des nächsten Gedenkstättenseminares	4
<u>C Infos, News</u>	
Der Verein "An der Synagoge Bonn" - aus dem Rundbrief	6
Hess. Lichtenau: Gedenkstein enthüllt	8
Vorbereitung eines Treffens ehemaliger Zwangsarbeiter der Munitionsfabrik Hirschhagen	9
250.000 Besucher sahen die Ausstellung "Kennzeichen J"	10
Forderung nach einer Dokumentationsstätte in Köln	11
"Ein Palais für die Faschisten" - H.D. Schilling beschreibt die Übernahme des Prinz-Albrecht-Palais, Berlin durch die Faschisten	12
DIZ-Nachrichten	13
Anpassung-Verfolgung-Widerstand im Emsland 1933 bis 45 - Zeitungsartikel zum Seminar vom 9.-11. Mai	14
Gedenkstätte kontrovers - Argumente für die Einrichtung einer Gedenkstätte am ehemaligen KZ-Außenlager Drütte	15
"Im Gedenken eine Gefahr gesehen" - Warum die CSU keine Mahnmale für KZ-Außenstellen will	18
"Gedenkstätten keine toten Museen" - Artikel über das letzte Gedenkstättenseminar in Hofgeismar/Breitenau	19
Tagung der INDONEU: "Klinkerwerk für KZ-Gedenkstätte nutzen"	20
<u>D Veranstaltungen</u>	
Israel-Studienfahrt im September 1987	20
<u>E Literaturhinweise</u>	
u.a. "Widerstandsforschung wird unter "linksextrem" geführt"	22

A Vorbemerkung

In der Rubrik "Zur Diskussion" wird der Programmvorschlag für das nächste Gedenkstättenseminar, vom 20.-23. November in der Nähe von Bonn, vorgestellt.

Da es aus der Erfahrung früherer Vorbereitungstreffen sicher nur für Interessenten aus der näheren Umgebung möglich war, an der Seminarplanung intensiv mitzuwirken, soll hier allen Rundbriefbeziehern die Möglichkeit der Ideensammlung und Einflußnahme geboten werden.

Anmerkungen zu dem vorläufigen Programm bitte ich möglichst schnell an mich zu schicken.

Impressum:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
Redaktion: Thomas Lutz

Jebensstraße 1
1000 Berlin 12

Tel.: 030 - 310261

Spendenkonten:

Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103
Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 31 137-00, BLZ 100 205 00

**Haus zur Vorbereitung
einer
Bonner Gedenkstätte**Vorläufiges Programm

8. Seminar des "Arbeitskreises der
Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes"

vom 20.-23.11.86 in der Jugendakademie Walberberg/Bornheim.

Veranstalter: Verein "An der Synagoge", Aktion Sühnezeichen/
Friedensdienste e.V. mit Unterstützung der Bundes-
zentrale für politische Bildung.

" LOKALE GEDENKSTÄTTENARBEIT -- NATIONALES MAHNMAL "

Do, den 20.11.

- 19 Uhr Vorstellungsrunde der Teilnehmer
- 20 Uhr Der Stellenwert der Auseinandersetzung mit dem
Nationalsozialismus in der politischen Diskussion heute
Prof. Dr. Narr (angefragt)

Fr, den 21.11.

- 10 Uhr Rundfahrt zu Stätten der Verfolgung und des Widerstandes
in Bonn
Endpunkt: Haus des "Vereines an der Synagoge" in der
Plittersdorfer Straße
- 14 Uhr 30 Allgemeine Einführung in die Arbeit des Vereines
anschl.: Arbeitsgruppen zu einzelnen Problemen:
- Zeitzeugenbefragung mit Video
 - Arbeit gegen Rechtsextremismus in Bonn
 - Auf dem Weg von der großen Initiative zur kleinen
Gedenkstätte
- 19 Uhr 30 Plenum
- Zusammentragen der AG-Ergebnisse
 - Vorstellung der lokalen Erinnerungsarbeit in Köln

Sa, den 22.11.

- 9 Uhr Vorstellung der bisherigen Planungen zum nationalen
Mahnmal in Bonn
- 11 Uhr Diskussion in Kleingruppen
- 16 Uhr Plenum
- Entwicklung einer Stellungnahme der Gedenkstätten/
Initiativen zu dem Bonner Vorhaben
- 19 Uhr 30 Expertenrunde

Mahnmal in Bonn - Stein des Anstoßes oder Schlußstein

Gäste der Diskussion:

Oscar Schneider, Bundesminister (angefragt)
 Peter Conradi, SPD
 Kurt Biedenkopf, CDU (angefragt)
 Burkhard Hirsch, FDP (angefragt)
 Christian Ströbele, Die GRÜNEN/Alternative Liste

Diskussionsleitung: Heiner Lichtenstein

So, den 22.11.

9 Uhr Geschäfte des Arbeitskreises, Verabredungen
 Seminarkritik

Anmerkungen:

Das Eröffnungsreferat am Donnerstagabend hielten wir bei der Vorbereitungsdiskussion für wichtig, da wir sicher nur über das Bonner Mahnmal eine politische richtige Einschätzung finden können, wenn wir es vor dem Hintergrund der momentan stattfindenden Diskussion um Fragen der Zeitgeschichte und deren Stellenwert sehen.

Daher haben wir uns für Samstag - hoffentlich - genügend Zeit gelassen, um diese Fragen noch einmal in Arbeitsgruppen ausführlich zu erörtern.

Als Ergebnis sollten wir zu einer Stellungnahme der Gedenkstätten/Initiativen kommen, die wir der Öffentlichkeit präsentieren können.

Rücksicht nehmend auf die Arbeitszeiten der Journalisten denken wir uns, daß es am sinnvollsten ist, am Montagmorgen eine Pressekonferenz im Tulpenfeld in Bonn zu veranstalten.

Mit dem Gespräch am Samstagabend - das hoffentlich nicht dem Wahlkampf zum Opfer fällt - sollten wir versuchen, unsere Position den Politikern deutlich zu machen, da mir bei Gesprächen immer wieder deutlich wird, wie gering der Kenntnisstand bzgl. dieser Frage bei vielen ist.

T.L.

AN DER SYNAGOGUE e.V.Gedenkstätte • Dokumentationszentrum
Ort der Stille und Begegnung**Haus zur Vorbereitung
einer
Bonner Gedenkstätte**Aus dem Rundbrief

Der Verein wurde 1984 gegründet von den Kirchen, der Bonner Synagogengemeinde, allen Bonner Ratsfraktionen, den Gewerkschaften, der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, dem Bildungswerk für Friedensarbeit, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Evangelischen Studentengemeinde, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und dem Jugendring Bonn. Weitere Vereine und Einzelpersonen sind seitdem Mitglieder geworden.



Das Werkhaus in der Plittersdorfer Str. 50

Impressum

Herausgeber: An der Synagoge e.V.
Plittersdorfer Str. 50
5300 Bonn 2
Tel. 0228/ 36 11 88

Redaktion : Peter Sonnet (verantw.)

Druck : Werkstätte für Behinderte
5303 Bornheim-Hersel

Aus der Redaktion

Der Rundbrief in neuer Form ist noch recht dünn. Er soll Ihnen, den Mitgliedern und Freunden des Vereins "An der Synagoge", zugleich den Impuls geben, an weiteren Ausgaben mitzuwirken.

Besonders hervorzuheben ist hierbei die Rubrik "Einblicke", in der sich Mitgliedsorganisationen vorstellen. Mit deren Hilfe möchten wir das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen im Verein fördern.

Die Motive der Mitarbeit, die entsprechenden Wünsche und Probleme werden dadurch vielleicht verständlicher. Den Anfang macht Hans Stephan mit einem knappen Bericht über die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten in der SPD.

Aber nicht nur Gruppen, auch einzelne Mitglieder können im Rundbrief über ihre Erfahrungen und Anregungen bezüglich der Vereinsarbeit schreiben. Auf diese Weise kann der Verein, über Mitgliederversammlung und Mitarbeiterkreis hinaus, mehr und mehr zusammenwachsen. Das Kommunikationsnetz wird mithin dichter.

Indessen soll auch die Rubrik "Arbeitsnotizen" ein Schritt auf diesem Weg sein. Hier informieren die hauptamtlichen Mitarbeiter kurz über ihre Tätigkeit und über Vorhaben im "Werkhaus".

DIE ERÖFFNUNG STAND IM VORDERGRUND

Die Vorbereitung der Eröffnung des Werkhauses war der Arbeitsschwerpunkt der fünf Vereinsmitglieder während des letzten Monats. Zahlreiche Planungen, Anschaffungen und Tätigkeiten hierfür liefen parallel. Da sich die gesamte Arbeit noch in der Aufbauphase befindet, kam es darauf an, Prioritäten zu setzen. Mit dem Vorstand des Vereins "An der Synagoge" wurde ständig Kontakt gehalten.

Zunächst war Bernd Geisen vollauf damit beschäftigt, die Ausstellungstafeln, die das Bildungswerk für Friedensarbeit und die Stadt Bonn bereitgestellt hatten, zu renovieren, zu sortieren und in den Räumen zu befestigen.

Daneben wurden ein neues Faltblatt zur Arbeit des Vereins, Handzettel und Plakat zum 7. März sowie Schüler-Arbeitsbögen zum Erschließen der Ausstellung entworfen und gedruckt.

Hintergrund hierfür war die museumspädagogische Aufbereitung des Ausstellungskonzepts. Sie ist notwendig geworden, da es sich bislang um eine rein zweidimensionale Ausstellungsform mit einem Überhang an Texten handelt.

Eine bereits konzipierte Quellenmappe soll es Lehrern und den Schulklassen erleichtern, den Ausstellungsbesuch vor- und nachzubereiten. Indessen haben die Mitarbeiter damit begonnen, die Ausstellung durch dreidimensionale Gegenstände (Objekte für eine Vitrine, Volksempfänger), großformatige Fotos und Texte zu ergänzen und mithin aufzulockern.

Zeitzeugen

Gleichzeitig nahmen Irmgard Schmitz und Horst Bothien erste Kontakte zu Zeitzeugen auf. Sie konsultierten außerdem die Mitgliedsorganisationen des Vereins, die bereits Befragungen vorgenommen oder entsprechendes Material gesammelt haben. Grundlage hierfür war die Erstellung eines Datengerüsts zur Reichs-, Regional- und Lokalgeschichte, eines Fragengerüsts für die Interviews sowie einer Liste der älteren Mitbürger, die befragt werden könnten.

Nach ersten Vorbereitungs- und Kontaktgesprächen fanden bereits Befragungen statt. Überdies knüpften die Mitarbeiter Kontakte zu Vertretern verschiedener Mitgliedsorganisationen des Vereins, um eventuelle gegenseitige Unterstützung, den Austausch von Informationen und sonstige Kooperationsmöglichkeiten zu erörtern.

Die Pressearbeit bestand zum einen aus Kontakten zu den entsprechenden Redaktionen, zum anderen aus Mitteilungen über Vereinsaktivitäten für die lokale Presse. Daneben erstellte Peter Sonnet ein Konzept für den vereinsinternen Informationsaustausch, sprich für den Rundbrief.

Rechtsextremismus

Nicht zuletzt ist eines der wichtigsten Anliegen des Vereins und insbesondere einiger seiner Mitgliedsorganisationen, rechtsextreme Ideologie und Aktion sowie ausländerfeindliche Strömungen in unserer Stadt aufzuzeigen. Nach wie vor ist die politische Kultur auf Bundes- wie auf lokaler Ebene durch antidemokratische Einstellungen und Verhaltensweisen gefährdet.

Dies soll auch durch die Ausstellung im Haus zur Vorbereitung einer Bonner Gedenkstätte vermittelt werden. Hierzu hat Peter Sonnet eine Ausstellungstafel vorbereitet und vielfältige Kontakte zu engagierten Gruppen hergestellt. Darüberhinaus wird der Verein in der Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus" mitwirken. Eine entsprechende Arbeitsgruppe aus Vereinsmitgliedern hat sich bereits gebildet.

Zudem nahm Sonnet an einem Wochenendseminar teil, das das Jugendamt der Stadt Bonn für Lehrer und Multiplikatoren anbot.

"Verhaltensauffälligkeiten bei Jugendlichen" lautete das Thema, in dessen Rahmen auch die Anbindung an rechtsextreme Organisationen diskutiert wurde. Da Neonazis verstärkt in den Schulen agitieren, kam es vor allem den Lehrern darauf an, Informationen über die neonazistische Subkultur und adäquate Gegenstrategien (z.B. durch den Verein) zu erhalten.

Währenddessen bemühte sich Klaus Rosendahl um den reibungslosen organisatorischen Ablauf der Vereinsarbeit. In erster Linie sind hier die vielseitigen Koordinationsaufgaben hervorzuheben. Seine Zuständigkeit betrifft nicht nur Personalfragen, Abrechnungen und Anschaffungen, sondern auch die enge Verbindung zum Vorstand.



ZAHRLICHE BÜRGER wohnten der Einweihung der Gedenkstätte an der Heinrichstraße am Donnerstagabend bei. (Fotos: beb)

Gedenkstätte für jüdische Frauen

Witzenhäuser Allgemeine
der HNA, Samstag, 26.4.86

Einweihung schlicht und würdevoll

Hess. Lichtenau (k). Im Dreieck zwischen Stadtkirche, dem alten Feuerwehrhaus und der Grundschule erklingen Passionschoräle von Bach. Über dem hellen Sandstein mit der Gedenktafel erhebt sich wie zum Schutz eine kräftige Birke. Schlicht, aber würdevoll – so verlief am Donnerstagabend die Einweihung der Gedenkstätte für die jüdischen Frauen des Lagers „Vereinshaus“ am Rand der Lichtenauer Altstadt. Rund 150 Menschen nahmen an der Gedenkfeier teil, die etwa 45 Minuten dauerte.

Entsprechend dem Wunsch der städtischen Gremien blieb die Gedenksteinenthüllung eine weitgehend örtliche Angelegenheit: Vertreter der Israelischen Gemeinde Kassel bzw. der Gesellschaft für christlich-jüdischen Zusammenarbeit sowie der Dekan des ev. Kirchenkreises, Christoph Bachmann, gehörte zu den wenigen auswärtigen Gästen. Zahlreiche Mitglieder der städtischen Gremien sowie Vertreter des öffentlichen Lebens wohnten der Feier bei.

Mit Plakaten und Transparenten („Die Bilanz der Nazis – 50 Mio. Tote“) demonstrierte eine Gruppe jüngerer Leute still am Rand der Gedenkstätte. – Polizei und andere Organe hatten für die Feierstunde erhebliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

Mit diesem Stein als Symbol der Gedenkens wollen wir unsere innere Bereitschaft ausdrücken, den jüdischen Frauen und Mädchen, die hier in unserer Stadt gelitten haben, die ihnen gebührende Achtung zu erweisen“, sagte Bürgermeister Ingo Geisler am Schluß seiner Ansprache.

Das Stadtoberhaupt: „Es geht dabei in dieser Stunde nicht um die Frage, inwieweit die Stadt



GESTALTETEN die Einweihungsfeierlichkeit: die Pfarrer Malessa und Eichhöfer, Esther Haas, Dieter Vaupel und Bürgermeister Ingo Geisler vor dem Gedenkstein.

als ganzes, inwieweit jeder einzelne damals lebende Bürger mitverantwortlich waren für diesen entsetzlichen Irrweg eines Volkes. Wichtig ist vielmehr, daß wir alle, also die noch lebenden Zeitgenossen der Jahre 1933 bis 1945 und die Nachgeborenen, darin übereinstimmen, daß die Achtung des Lebens, der Würde und der Rechte des Menschen jedem einzelnen gleichermaßen gebührt.“

Anschaulich schilderte der Lehrer Dieter Vaupel aufgrund seiner umfangreichen Nachforschungen die Entstehung des Außenkommandos Hess. Lichtenau des Konzentrationslagers

Buchenwald. Dabei stellte er auch eindrucksvoll die Bedingungen des täglichen Lebens der rund tausend Häftlinge im Lager und in der Sprengstofffabrik Hirschhagen dar.

Hauptsächlich waren die Frauen und Mädchen in den Füllstationen und in den Pressengebäuden der Sprengstofffabrik bei der Abfüllung der Sprengstoffe TNT und Pikrin in Grananten, Bomben, Tellerminen und Kartuschen beschäftigt. Diese Arbeit war gefährlich und barg viele gesundheitliche Risiken wie Leber- und Lungenschädigungen durch den Umgang mit Chemikalien, in sich. Zu den Bedingungen im La-

ger und der Fabrik kamen Schikanen der SS-Wachmannschaft.

Gewürdigt wurde von Vaupel aber auch, daß es in den Jahren 1944/45 beherzte Lichtenauer gegeben hat, die Kleidungsstücke, Schuhe, Brot oder Kuchen über den Zaun des Lagergeländes warfen, oder ihnen auf dem Weg zur Arbeit etwas zusteckten.

Versöhnliche Worte richtete die Sprecherin der Jüdischen Gemeinde Kassel, Esther Haas, an die Versammlung: Zum Aufarbeiten der Geschichte und zum Gedenken sei es nie zu spät.

KREIS EHEMALIGER ZWANGSARBEITER
der MUNITIONSFABRIK
— H I R S C H H A G E N —
bei HESSISCH LICHTENAU

Kontaktadr.: Gisela Hoefert 3436 Hess. Lichtenau Himmelsbergstrasse 15
Telefon 05602/6619

Presseerklärung

Treffen ehemaliger Zwangsarbeiter der Munitionsfabrik Hirschhagen

Die "Bürgerinitiative Hirschhagen" und der "Friedenskreis Hessisch Lichtenau" planen im Auftrag des "Kreises Ehemaliger Zwangsarbeiter der Munitionsfabrik Hirschhagen bei Hessisch Lichtenau" ein überregionales Treffen aller ehemaliger deutscher und ausländischer Zwangsarbeiter, Zwangsverpflichteter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangener. Dieses ein- oder zweitägige Treffen soll voraussichtlich im August oder September stattfinden; Programmablauf des Treffens: in erster Linie zusammenfinden der durch die Lebensumstände unterbrochenen Kontakte der Zwangsehemaligen, Führungen durch das heutige Hirschhagen mit kleiner Gedenkfeier für die damaligen Opfer und Aufführung des Dokumentarspielfilmes "Hirschhagen".

In der Munitionsfabrik -einer der größten, die von den Nationalsozialisten betrieben wurden- mußten sich unter unmenschlichen Bedingungen während des zweiten Weltkrieges neben Dienstverpflichteten und "Freiwilligen" auch Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und jüdische Frauen aus dem Konzentrationslager Buchenwald in der Fabrik buchstäblich zu Tode schuften. Von 1939 - 45 arbeiteten dort insgesamt über 10 000 Personen.

Obwohl die "BI Hirschhagen" bereits über umfangreiches Adressenmaterial verfügt, sucht sie dennoch nach Kontakten oder Hinweisen über ehemalige Betroffene, die in der Fabrik arbeiten mußten. Interessenten können sich wenden an: Gisela Höfert, Himmelsbergstraße 15, 3436 Hessisch Lichtenau, Telefon 05602/6619.

Aufklärung über NS-Zeit

250 000 sahen die Ausstellung „Kennzeichen J“

In 25 Jahren wurde die von Sammy Maedge zusammengestellte Ausstellung „Kennzeichen J“, eine Sammlung von Fotos und Dokumenten zur nationalsozialistischen Vergangenheit Kölns, in Schulen, Kirchen, Jugendzentren und auf der Straße fast 250 000 Jugendlichen gezeigt. Während einer Podiumsdiskussion in der Comedia Colonia wurde nun eine vorläufige Bilanz gezogen und über zukünftige Aufgaben gesprochen. Dabei stand die Sorge vor einem neu keimenden Faschismus und wachsender Ausländerfeindlichkeit im Vordergrund.

Daß eine Aufklärung über die Geschehnisse während der faschistischen Diktatur in Köln immer noch nötig und gerade auch für die Einschätzung aktueller Probleme von Bedeutung ist, machte Dr. Ulrich Klug, Professor für Rechtswissenschaft an

der Kölner Universität, deutlich: „Wenn die Edelweißpiraten immer noch als Kriminelle angesehen werden, nur weil sie stehen mußten, um überleben zu können, und Waffen brauchten, um sich gegen die Verfolgung zu schützen, dann müssen wir weiter aufklären.“

Bernd-Günter Ginzler, Vorsitzender der christlich-jüdischen Gesellschaft in Köln, beklagte den Verlust eines „anti-faschistischen Konsenses“ in der Bundesrepublik. Der Buchautor Mathias von Hellfeld kritisierte die Stadt Köln, die zwar 1979 beschlossen hatte, ein Dokumentationszentrum über Faschismus und Widerstand in Köln zu errichten, aber bis heute nichts Konkretes unternommen habe. Mit Maedge forderten die Diskussionsteilnehmer den Stadtrat auf, die unangenehme Seite der Kölner Geschichte nicht weiterhin zu verdrängen. pg

VSTA 3.4.86

Kölner Stadt Anzeiger

Eine Lücke im Gedächtnis der Stadt!

Zwar beschloß am 13.12.1979 der Rat der Stadt Köln einstimmig „die Errichtung eines Dokumentationszentrums über die Zeit des Nationalsozialismus in Köln“ –

zwar wurde am 1.10.1980 ein Historiker für diese Aufgabe eingestellt, es kamen zwei ABM-Kräfte hinzu und die Einstellung von zwei weiteren wurde am 1.10.1985 nach einem Prüfantrag der GRÜNEN beschlossen –

aber das ist auch alles, was in sechs Jahren zustande kam.

Der Ratsbeschluß wurde nicht verwirklicht!

Wir bitten um Ihre Hilfe: Unterstützen Sie die Forderung nach einem Dokumentationszentrum zur Geschichte des Nationalsozialismus in Köln!

Initiative für ein Dokumentationszentrum „Zeit des Nationalsozialismus in Köln“.
Kontaktadresse: Peter Liebermann, Garthestr. 16, 5000 Köln 60

Ein Palais für die Faschisten ?

antifaschistisches
magazin 1/86

von Heinz-Dieter Schilling

Thyssen wollte zahlen

In den Jahren 1737 bis 1739 läßt sich der Baron Vernezobre an der Wilhelmstraße (dort, wo jetzt die Kochstraße in die Wilhelmstraße einmündet) ein repräsentatives Palais erbauen. Fast hundert Jahre später ist das Palais im Besitz des preußischen Prinzen Albrecht, der den bekannten Baumeister Schinkel beauftragt, Umbauten vorzunehmen, um das Palais dem Zeitgeschmack anzupassen. Nach

dem Umbau präsentiert sich das Palais mit den für Schinkel typischen Kollonaden an der Straßenfront. Prinz Albrecht besitzt nicht nur das Palais mit dem großen Park, sondern auch die benachbarten Grundstücke Wilhelmstraße 103 und 104.

Am 8. Januar 1932 erscheint die kommunistische Zeitung „Rote Fahne“ mit der alarmierenden Schlagzeile „Berliner Prinzen-

Schloß wird Braunes Haus“. Was war geschehen? Goebbels, Gauleiter der NSDAP in Berlin, hatte das repräsentative Gebäude an der Wilhelmstraße dazu bestimmt, den Berliner Befehlsstand der braunen Horden aufzunehmen. Eine bessere Lage konnte er sich wohl nicht vorstellen. Die Wilhelmstraße war erste Adresse. Dort und in ihrer Nähe konnte man nicht nur die Reichskanzlei und die meisten

Ministerien finden, sondern auch die Büros der reichsdeutschen Industrieverbände. Goebbels war also mit der „Hof-Staats- und Vermögensverwaltung“ des Prinzen Albrecht in Verhandlungen eingetreten. Zwar war noch nicht klar, ob man das Gebäude und Gelände kaufen oder mieten könne, die Finanzierung war aber gesichert. Die Redaktion der „Roten Fahne“ hatte in Erfahrung gebracht

Thyssens Taler rollen in Hitlers Taschen

Berliner Prinzen-Schloß wird Braunes Haus

Hakenkreuzler überfallen Streikende — Nazi-„Sib“-Mordterror gegen Arbeiter — Schafft Betriebs- und Straßenmuckkaffee!

Aus: Rote Fahne, 8. Januar 1932



Hitler und Göring im Industrieclub Düsseldorf, Januar 1932, am Mikrophon Fritz Thyssen

daß die Familie Thyssen für dieses Unternehmen einen nach oben nicht beschränkten Kredit zur Verfügung stellen wollte. Die Nazis waren sich ganz sicher, daß der Vertrag zustande kommen würde. Beauftragte der Gauleitung waren schon über Teppiche und Parkett des Nobel-Palais geschritten und hatten die Räume vermessen. Während in Berlin Arbeitslosigkeit und Elend herrschte, jeden Monat mehrere hundert Proleten aus ihrer dürftigen Wohnung hinausgesetzt wurden, weil sie die Mieten nicht mehr zahlen konnten, spielte für die selbsternannte Nationalsozialistische „Arbeiter“partei Geld keine Rolle. Der Vertrag kam schließlich doch nicht zustande. Aber nicht weil das Geld fehlte, sondern weil es bei der „Hof-, Staats- und Vermögensverwaltung“ des Prinzen doch noch ein paar rudimentäre Berührungsgänge den Nazis gegenüber gab.

Die Faschisten haben das Palais aber nicht aus dem Auge verloren. Zwei Jahre später konnte man das Gebäude ohne große Gegenleistung haben. Das sog. Prinz-Albrecht-Palais wurde vom faschistischen Staat beschlagnahmt und der Sicherheitsdienst (SD) zog ein. Seit 1931 hatte Heydrich den Sicherheitsdienst aufgebaut. Im großen Saal des Prinz-Albrecht-Palais war nun ausreichend Platz für die Überwachungskartei mit

ihren riesigen, maschinell gedrehten Zylindern. An dieser Kartei begann z. B. für Adolf Eichmann 1935 seine SD-Karriere. Auch die dem Palais benachbarten Häuser wurden bald mit der wuchernden Dienststelle besetzt.

Als die Rote Armee 1945 Berlin befreite, fand sie das Palais als gut erhaltene Ruine vor. Zur Zeit

des „Kalten Krieges“ wurden die Ruinen beseitigt.

Seit 1983 fordert die Initiative „Aktives Museum Faschismus und Widerstand“ für das Prinz-Albrecht-Gelände, auf dem ja nicht nur der SD, sondern auch die Gestapo und der Reichsführer SS untergebracht waren, eine dem einzigartigen Ort angemessene Lösung. Ein inzwischen

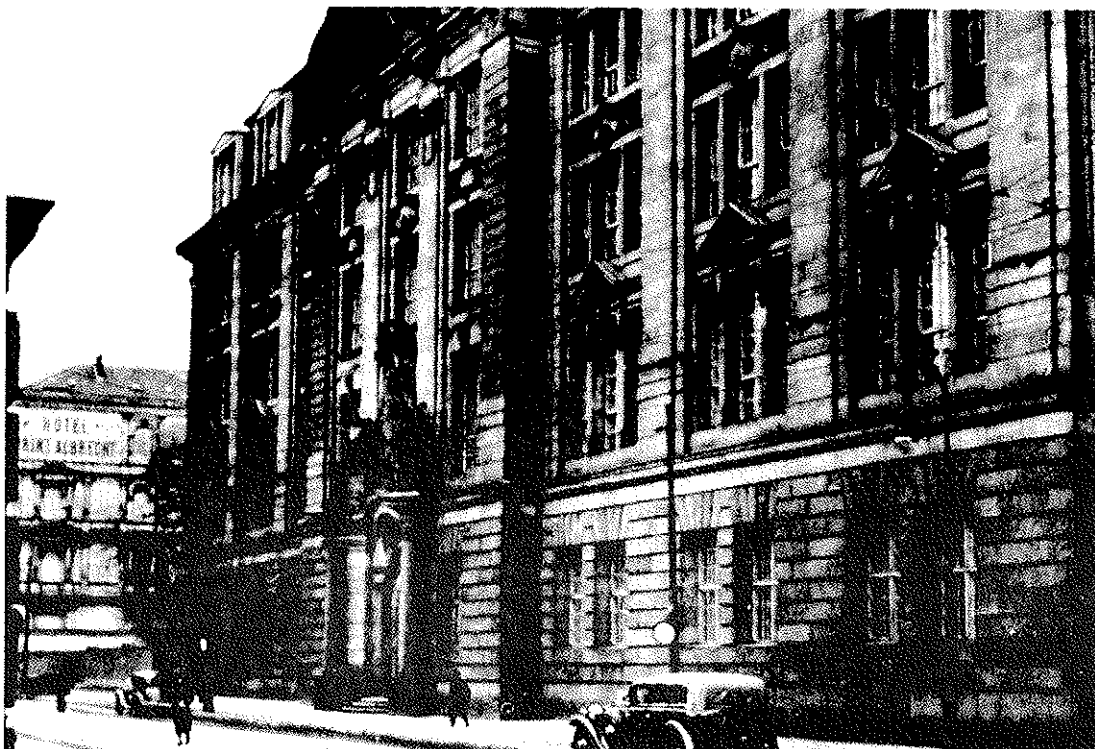
durchgeführter Wettbewerb sah als 1. Preis einen Gedenkhain und ein „Aktives Museum“ im „Deutschlandhaus“ vor. Inzwischen ist aber klar, daß der Senat nicht daran denkt, diesen Plan zu verwirklichen. CDU-Mitglieder der BVV Kreuzberg und aus dem Abgeordnetenhaus, die durchaus ernst genommen werden wollen, haben inzwischen vorgeschlagen, das Prinz-Albrecht-Palais wieder aufzubauen.

Richtiger ist wohl, dort nicht nur einen Ort des „Gedenkens“, sondern auch des „Denkens“ zu schaffen. Das Wesen und die Wurzeln von Faschismus können nur durch gründliche Auseinandersetzung bloßgelegt werden. Auch was die Beziehungen von Faschismus und Kapital angeht. Thyssen war nicht der einzige Finanzier der Nazis.



**AKTIVES MUSEUM
FASCHISMUS UND
WIDERSTAND
IN BERLIN e.V.**

Prinz-Albrecht-Straße 8, 1933





NACHRICHTEN

Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum EMSLANDLAGER e. V.

1 JAHR AUSSTELLUNG IM DIZ

Vor genau einem Jahr wurde unsere in Zusammenarbeit mit der Universität Oldenburg erstellte Ausstellung zur Geschichte der Emslandlager 1933-1945 im DIZ in Papenburg eröffnet.

In diesen zwölf Monaten besuchten über 1500 Personen aus dem In- und Ausland das DIZ, und das Interesse an unserer Arbeit nimmt ständig zu. Neben vielen Schulklassen, Jugendgruppen insbesondere aus dem kirchlichen Bereich, ehemaligen Moorsoldaten und deren in- und ausländische Organisationen kamen Lehrerkollegien, Jugendleiter und viele interessierte Einzelpersonen.

Wer zu uns kommt, besucht selten allein die Ausstellung. Fast alle Gäste sehen sich unsere Diaserie über die Emslandlager an, lassen sich auf einer Rundfahrt zu ehemaligen Lagerstätten durch uns begleiten, führen Gespräche über unsere Arbeit. Viele der Besucher sind positiv überrascht, nicht einfach ein 'Museum' vorzufinden, sondern eine 'arbeitende Gedenkstätte', die weit mehr zu bieten hat als Bilder und Texte im Rahmen einer Ausstellung.

Daß wir inzwischen bekannt sind, zeigen uns auch die Besuche von Schülern, Studenten u.a., die von uns Materialien und Auskünfte für eine eigene Beschäftigung mit dem Thema 'Emslandlager' erbeten.

Die Betreuung und Information von Besuchergruppen ist sicherlich eine ganz wesentliche Aufgabe für uns. Aber ebenso wichtig ist es, die Kontakte zu den ehemaligen Moorsoldaten zu verstärken und neue Kontakte zu gewinnen. Gerade in letzter Zeit haben wir, z.T. über die 'Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten', neue Adressen erhalten von Moorsoldaten, die von uns bisher nichts gehört hatten und über unsere Arbeit sehr erfreut sind.

Mit diesen und allen anderen ehemaligen Moorsoldaten über ihre Erlebnisse in den Moorslagern zu sprechen, mit ihnen Videointerviews zu führen, um ihre Berichte anschaulich zu dokumentieren - dies sind wichtige Aufgaben, die sofort angegangen werden müssen.

Wir freuen uns immer wieder, welch großes Vertrauen die ehemaligen Moorsoldaten unserer Arbeit entgegenbringen, wie sie uns unterstützen

und wie groß ihre Bereitschaft ist, uns ihre Erlebnisse in den Moorslagern zu schildern.

Neben diesen genannten wichtigen Aufgaben unserer Arbeit werden aber auch viele andere Anforderungen an das DIZ gestellt. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Im Juli führt die Jugendbildungsstätte Emlichheim ein internationales Workcamp mit Jugendlichen aus verschiedenen Staaten durch. Im Rahmen dieses Camps werden sich die Jugendlichen schwerpunktmäßig mit dem Thema 'Faschismus' beschäftigen. Wir werden dabei verschiedene Arbeitsgruppen inhaltlich vorbereiten und leiten. Oder: In diesem Jahr findet im August die 'pax christi - Route' in der Bundesrepublik statt. Eine Gruppe mit Teilnehmern aus verschiedenen Staaten wird sich eine Woche lang in Papenburg mit dem Thema 'Nationalsozialismus und KZ-System' beschäftigen und von pax christi - Mitgliedern in Zusammenarbeit mit uns betreut werden.

Neben unserer Arbeit 'nach außen', die hier nur an wenigen Beispielen genannt worden ist, gibt es aber auch im DIZ selbst viel zu tun.

Inzwischen haben wir die Handbibliothek im DIZ mit ca. 450 Büchern katalogisiert und systematisiert, ebenso die zahlreichen zeitgenössischen und aktuellen Zeitungsberichte und Zeitschriftenartikel über die Emslandlager.

Um die vorhandenen Dokumente, Materialien und Häftlingsberichte für die eigene Forschungsarbeit optimal nutzen zu können, legen wir ein Stichwortverzeichnis an, durch das ein schnelles Auffinden von inhaltlichen Bereichen ermöglicht werden soll.

In Arbeit bzw. geplant sind die Erstellung eines Begleittextes zur Diaserie, eine Zusammenstellung von Dokumenten unter didaktischen Fragestellungen zur Verwendung in der Bildungsarbeit und ein Schülerarbeitsheft für die Ausstellung.

Obwohl wir die letztgenannten Aufgaben für wichtig halten, bleibt für sie allerdings aufgrund der täglichen 'Klein'arbeit kaum Zeit. Ich meine aber, daß wir in den letzten 12 Monaten große Fortschritte gemacht haben, was uns die Resonanz in der Öffentlichkeit und die zunehmende Inanspruchnahme des DIZ insbesondere durch die Schulen deutlich zeigt.

Und das 2. Jahr DIZ in der Wieck re. 22 beginnt gleich mit einigen großen Ereignissen, wie die Termine zeigen.

Von: Kurt Buck

VERANSTALTUNGEN !

14

Am 8. Mai fand auf dem Gedenkfriedhof in Esterwegen unter großer Beteiligung eine internationale Kundgebung statt, zu der die "Deutsch-Niederländische Initiative 8. Mai" aufgerufen hatte.

Neben den beiden Widerstandskämpfern Siep Adema und Hermann Laupsien sprach als Vertreter des ANC Südafrika Dr. Viktor Kadalie. Umrahmt wurde das Programm durch den Groninger Chor "4-mei-projekt".

Rheiderland Zeitung 16.5.86

Regionale Geschichtswerkstatt in Lingen

ebene ein, die von Anfang an durch Kriegsvorbereitung und Kriegsführung charakterisiert sei. Die totale Zerstörung der Weimarer Republik habe, so Boldt, nicht erst am 30. Januar 1933 mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler begonnen. Ein wesentliches Datum sei der Sturz der letzten parlamentarischen, sozialdemokratisch geführten Regierung Hermann Müller und der Beginn der Präsidialregierungen Brüning, Papen und Schleicher.

Eine offene Frage blieb, ob und wie die von Boldt skizzierte Reichsentwicklung auf das Emsland übertragbar ist. Ebenfalls wenig erforscht sind die Schul- und die städtischen Emslandlager, die städtischen Emslandlager sowie die Rolle und Situation der Zwangsarbeiter im Emsland.

Nichtsdestotrotz sprachen die Tagungsteilnehmer den Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen Heimatvereinen und Geschichtswerkstätten aus. Sicherlich könnten dann viele wichtige, bisher im Verborgenen schlummernde Dokumente ans Tageslicht befördert werden, die das Wissen über die Geschichte des Emslandes während der NS-Zeit erweitern würden.

Wie gesagt, viele Fragen bleiben in Lingen offen, neue wurden gestellt. Mehrmals wurde nach dem Sinn von Geschichtsforschung gefragt. Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß bei der akribischen Faktensammlung die Frage »Warum das alles« vergessen werde. Vielleicht hilft hier die Antwort »weil die Bernd Kruse als Fürstener, die Seine Beschäftigung mit der NS-Geschichte beruhe auf der Frage, wie Menschen damals miteinander umgingen und — Stichworte: ausländische Mitbürger, Asylanter — wie Menschen heute miteinander umgehen.

Wenig erforscht ist bisher auch, welche Rolle die Kirche 1933 bis 1945 im Emsland spielte. Angesichts der dort traditionellen tiefen Verwurzelung der katholischen Kirche und der

Anpassung, Verfolgung und Widerstand im Emsland 1933 bis 1945

interviewt werde, dürfte weder bloßgestellt, gekränkt, verletzt oder gar angegriffen werden. Die Vielfalt der Themen, die die rund 40 Tagungsteilnehmer in zwei Arbeitsgruppen diskutierten, zeigte, daß die neueren Forschungen über die NS-Zeit im

Im Emsland gab es nicht nur das KZ Esterwegen. Zwischen Papenburg und Lingen waren es insgesamt 15 solcher Lager. Wer näheres über ihre Geschichte und Bedeutung erfahren möchte, sollte auf das 1985 erschienene, leider etwas teure Buch von Elke Suhr »Die Emslandlager« zurückgreifen. Neben einer gründlichen wissenschaftlichen Analyse der Lager läßt sie mehrere ehemalige Gefangene zu Wort kommen.

(Elke Suhr: Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefängnisse 1933 bis 1945. Bremen 1985.)

* Empörung rief in Lingen ein Beitrag Gottfried Schmidts hervor. Schmidt ist Mitarbeiter des in Frankfurt/Main ansässigen »Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes 1933 bis 1945«. In diesem Monat veröffentlichte der Studien-

dienkreis mit »Niedersachsen II« den dritten Band der Reihe »Heimatsgeschichten Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 bis 1945«. Nach den Bänden »Hessen« und »Niedersachsen I« umfaßt »Niedersachsen II« die Regierungsbezirke Hannover und Weser-Ems. Er enthält unter anderem Hinweise auf Bunde, Jemgum, Leer und Weener. Schmidt informierte die Tagungsteilnehmer darüber, daß über den Band »Niedersachsen I« im Verfassungsschutzbericht 1985 des niedersächsischen Innenministeriums folgendes nachzulesen ist: »Der Band ist eine geschickte Mischung aus teilweise sehr beeindruckender zeitgeschichtlicher Recherche, aber auch aus ideologischer Geschichtsklitterung und kommunistischer Propaganda.« Ein derartiger Eingriff in eine politischen Institution beiläufig — so die Meinung vieler Tagungsteilnehmer — zu verurteilen.

Emsland zwar eine Unmenge an wichtigen Ergebnissen zutage gefördert haben, allerdings auch noch viele Lücken enthalten. Hier eine Auswahl der in Lingen diskutierten Punkte:

Werner Boldt von der Universität Oldenburg ging in einem kurzen Referat auf die Entwicklung des NS-Regimes auf Reichs-

Auch 41 Jahre nach ihrem Ende ist die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft hierzulande ein brisantes Thema. Da gibt es einerseits Verdrängung, Unwissenheit, Gleichgültigkeit. Und was noch schlimmer ist: Es mehrten sich die Anzeichen eines neuen offenen Rassismus und Antisemitismus. Auf der anderen Seite bemühen sich immer mehr Einzelpersonen und Gruppen, die Zeit von 1933 bis 1945 der Vergangenheit zu entreißen und aus ihr für die Gegenwart und Zukunft zu lernen. Zu ihnen gehört das »Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager« in Papenburg. Zusammen mit der katholischen Friedensbewegung »pax christi« und der »Landesarbeitsgemeinschaft für ländliche Erwerbsenbildung« veranstaltete es in Lingen-Schepsoorf eine regionale Geschichtswerkstatt mit dem Titel »Nationalsozialismus im Emsland: Anpassung, Verfolgung, Widerstand«.

Eingeleitet wurde die Tagung mit einem längeren Vortrag des Bremer Historikers Hans-Josef Steinberg. Die Geschichte des deutschen Volkes von 1933 bis 1945 sei, so Steinberg, nicht die Geschichte von Widerstand, sondern die Geschichte von Anpassung und Zustimmung. Der antifaschistische Widerstand habe das NS-Regime nicht um eine Woche verkürzt; er zeige allerdings, daß der Nationalsozialismus auch von Deutschen bekämpft wurde. Wesentlich sei, daß im Widerstand, der von den Nazis in den Bereich der Schwerekriminalität gerückt worden sei, Überlegungen und Pläne für ein demokratisches Deutschland wachgehalten worden seien.

Eine wichtige, weitere Arbeitsmethode bei der Erforschung der NS-Zeit ist das Interviewen von Zeitzeugen, von Menschen, die

Gedenkstätte kontrovers - die Argumentation des Vorstands der Stahlwerke P+S

Fast ein Jahr ist es jetzt her, daß auf dem Gelände des ehemaligen KZ Drütte eine Gedenkfeier stattfand, die die erhaltenen Gebäude des KZ einer breiten Öffentlichkeit bekannt machte. Seit dem hat die zuerst vom Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. 1983 erhobene Forderung nach einer Gedenk- und Dokumentationsstätte an diesem Ort zahlreiche Unterstützung erhalten. Betriebsrat der Stahlwerke, Gewerkschaften, Parteien, internationale Organisationen ehemaliger Häftlinge, Kirchengemeinden und seit Dezember auch die überregionale Presse berichteten darüber.

Doch der Besitzer dieses Geländes, die Stahlwerke Peine-Salzgitter, zeigt bislang keine Bereitschaft, diesem Ansinnen entgegen zu kommen.

Nachdem in Reflex bereits über die Geschichte des KZ Drütte und die Konzeption für eine Gedenk- und Dokumentationsstätte berichtet wurde, sollen in dieser Ausgabe nun die Argumente der Stahlwerke gegen eine Gedenk- und Dokumentationsstätte in Drütte dargestellt und diskutiert werden.

Die Argumente der Stahlwerke

In Antwortschreiben auf die Anschreiben von Gewerkschaftsgremien, Parteien und auf die polnischen, französischen und deutschen Organisationen ehemaliger Häftlinge sowie in Gesprächen mit dem neugegründeten Komitee zur Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte hat der Vorstand der Stahlwerke mehrfach seine Position zur Frage einer Gedenkstätte in Drütte dargelegt. Sie beinhaltet folgende Argumentationen: Der Vorstand sieht auch die Erfordernis einer Gedenkstätte in Salzgitter zur Erinnerung an die Auswirkungen der NS-Gewaltherrschaft. Doch könne diese nicht im ehemaligen KZ Drütte sein.

-Einmal könne das Gelände des ehemaligen KZ aus sicherheitstechnischen Gründen nicht generell zugänglich gemacht werden. „Der Zugang (...) unterliegt ebenso wie bei jedem anderen Produktionsunternehmen einer strikten Kontrolle, besonders unter Beachtung sicherheitstechnischer Erfordernisse. Dies ist durch die Anforderungen an einen rei-

bungslosen Produktionsverlauf, den innerbetrieblichen Verkehrs- und Materialfluß und zur Vermeidung von Unfallgefahren unbedingt notwendig.“

-Die Gebäude des ehemaligen KZ seien nicht mehr im Urzustand erhalten. „Zahlreiche bauliche Veränderungen mit der seit vielen Jahren praktizierten betrieblichen Nutzung



geben keinen Bezug des heutigen zum damaligen Zustand.“

-Bestandschutz für die über 40 Jahre alte Hochstraße könne nicht gegeben werden.

-Die Planungen für eine neue Straßenanbindung für das Veredelungszentrum im Walzwerk I mache mittelfristig den Abriß der Hochstraße und der sich unter ihr befindlichen KZ-Bauten erforderlich. „Als im Wettbewerb stehendes Unternehmen und zur Sicherung von Produktionsstandorten und Arbeitsplätzen muß (...) P+S sowohl

die Weiterentwicklung vorhandener Produktionsanlagen als auch der Einstieg in zukunftsichernde neue Technologien ohne Einschränkung möglich sein. Die Gestaltung einer betriebsoptimalen Infrastruktur wäre durch die Einrichtung einer Gedenkstätte an dem vorgesehenen Ort nicht sicher gestellt. Für neue Aktivitäten, die u.a. mit dem Bau einer elektrolytischen Verzinkungsanlage verbunden sind, benötigt P+S das Gesamtgelände einschließlich der Hochstraße.“

Deshalb solle eine Gedenkstätte, an deren Kosten sich P+S auch beteiligen wolle, an anderen Plätzen in der Stadt gebaut werden, „an denen die Erinnerung an die Opfer in einem würdigen Rahmen und bei ungehinderter Zugang möglich ist.“

Gefährdet Gedenkstätte Werksicherheit?

Diese Argumentation vermag nicht zu überzeugen.

Einmal zu der Frage der Werksicherheit: Dieser Hinweis ist verblüffend, können doch nach wie vor zahlreiche Besuchergruppen täglich auf das Gelände der Stahlwerke, ohne daß man je gehört hätte, daß die Werksicherheit beeinträchtigt worden wäre. Einziger Unterschied: Diese Gruppen besichtigen Hochöfen, Walz- und Stahlwerk und nicht das ehemalige KZ. Sicher müßte für eine Gedenkstätte ein ständiger Zugangsweg ermöglicht werden. Dazu könnte man einen abgeäugten Zugang entweder über die Hochstraße selbst oder parallel dazu über eine Fußgängerbrücke zur Gedenkstätte führen. Sollte die Hochstraße neugebaut werden müssen, so wäre überlegenswert, das Tor zu dem Gelände des KZ zurückzuziehen und den Zugang über die Straße bis dahin öffentlich zu machen. Das Gedenkstättenengelände wäre nach allen Seiten abzuzäunen, so daß niemand von dort unbefugt in das Werk gelangen könnte. Damit wäre der Werksicherheit genüge getan.

Kein Bezug vom heutigen zum damaligen Zustand?

Der Hinweis auf die baulichen Veränderungen der Gebäude des ehemaligen KZ ist nur insofern richtig, als ein ehemaliger Wohnblock, in dem Häftlinge untergebracht waren, zu Büros umgebaut wurde. Die Außenmauern der Blocks sind bis auf einige

neu hereingebaute Fenster unberührt. Selbst die Gitter vor einigen Fenstern sind noch aus der KZ-Zeit.

Würde in einer Gedenkstätte beispielhaft die Einrichtung eines Häftlingsblocks, mit Betten und Tischen, würde ein Teil des elektrischen Lagerzauns und ein Holzwachturm rekonstruiert, so wäre es problemlos mög-

Drütte als historisches Dokument, daß die enge Zusammenarbeit von Großindustrie, wie den damaligen Reichswerken Hermann Göring und der SS bei dem Programm „Vernichtung durch Arbeit“ sich hier optisch vermittelt.

Ein weiteres der immer wieder angeführten Argumente gegen eine Gedenkstätte in Drütte ist das Alter der

gen Häftlingsblocks befanden, nicht abgerissen würden, als Gedenkstätte genutzt, in ihrer Bausubstanz durch LKW-Verkehr nicht geschädigt würden und die neue Straße die Gedenkstätte umgehen würde.

Die Nutzung der Gebäude in Drütte wäre auch eine kostengünstige Lösung, als der Neubau einer Gedenkstätte an anderem Ort. So hat das 1981 neu eröffnete Dokumentenhaus KZ Neuengamme bei Hamburg 2 Mio. DM gekostet. In dieser Größenordnung wäre auch ein Neubau in Salzgitter anzusetzen, soll die Gedenk- und Dokumentationsstätte ein Ort sein, wo die Vergangenheit gerade auch für junge Menschen nachvollziehbar aufbereitet wird.

Stimmen für eine Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte

„In dem ehemaligen Konzentrationslager Drütte - einem Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme - wurden Menschen gedemütigt, gepeinigt und zu Tode gequält. Um diese grauenhaften Taten auch für die nachfolgenden Generationen als Mahnung im Bewußtsein wachzuhalten, unterstützt der Rat der Stadt Salzgitter die Forderung des zu diesem Zweck gegründeten „Komitees zur Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen Konzentrationslager Drütte“, in den Räumen des ehemaligen Konzentrationslagers eine Gedenk- und Dokumentationsstätte zu errichten.“

Beschluß des Rats der Stadt Salzgitter am 18.12.85

„...mit Interesse haben wir den Bericht über die Bemühungen einzelner Bürger (...) zur Kenntnis genommen, demzufolge auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslager Drütte eine Gedenk- und Dokumentationsstätte entstehen soll. Es ist dies ein Versuch von Menschen, die die Bedeutung der Geschichte und Kenntnis der NS-Zeit aufhellen möchten. Dies könnte ein weiterer Beitrag zur Verständigung zwischen Menschen und, auf internationaler Ebene, Ländern werden, dessen Realisierung begrüßenswert und förderungswürdig ist.“

Schreiben des Zentralrats der Juden in Deutschland an Vorstandsvorsitzenden Kurt Stähler

lich, sich in die Atmosphäre des ehemaligen KZ hineinzusetzen. Unersetzbar ist dabei die Umgebung mit Walzwerkhalle und Hochöfen im Hin-

„Drütte war eines der größten Außenkommandos des KZ Neuengamme und bestand von 1943 bis April 1945. Hunderte Häftlinge mußten in Drütte ihr Leben lassen, da das SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt anordnete: Die derzeitige Kriegslage zwingt dazu, die Arbeitskräfte der einziehenden Häftlinge bis zum letzten produktiv auszuschöpfen.(...) Mit anderen Worten 'Vernichtung durch Arbeit'. (...) Wir sind überzeugt, daß die Einrichtung eines Museums in den ehemaligen Lagerunterkünften der Häftlinge ein anschauliches Bild vermittelt, welches den Besucher nachempfinden läßt, was sich in den Jahren 1943-45 hier zugetragen hat...“

Schreiben des Generalsekretärs der Organisation der ehemaligen Häftlinge „Amicale internationale de Neuengamme“, Fritz Bringmann

tergrund, die die Situation der Häftlinge als Zwangsarbeiter in der Hütte nachvollziehbar macht. Gerade darin besteht die Einzigartigkeit des KZ

Hochstraße und ihre angebliche Bau-fälligkeit. Dazu ist zu sagen, daß diese Straße nun schon über vierzig Jahre schweren LKW-Verkehr ausgehalten hat und ihr baulicher Bestand perspektivisch nur in Frage steht, wenn sie weiterhin als Straße genutzt wird.

Muß die Hochstraße abgerissen werden?

Doch hier schließt sich der 4. Punkt an. Die Stahlwerke planen innerhalb der nächsten 2 Jahre den Abriß der Hochstraße, um an dieser Stelle eine neue zu bauen.

Doch ist, wie der Betriebsrat bestätigt, nördlich der heutigen Hochstraße, genügend Platz, um eine neue Straße dort langzuführen. Das würde bedeuten, daß ein Teil der Hochstraße, unter dem sich die ehemali-

Der Kirchenvorstand der ev.-luth. Kirchengemeinde St. Matthäus hat auf seiner Sitzung vom 20.09.1985 einstimmig den Beschluß gefaßt, die Einrichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte zu unterstützen. Damit meinen wir, daß diese Stätte an dem jetzigen Standort durch Erhaltung der ehemaligen Gebäude eingerichtet werden soll.“

Gedenkstätte an anderem Ort?

Gegen andere Standorte für eine Gedenk- und Dokumentationsstätte spricht auch, daß etwa von dem in Salzgitter sehr gefürchteten Arbeits-erziehungslager 21 oder dem KZ-Außenlager Leinde-Watenstedt keine baulichen Reste mehr vorhanden sind. Auch die Einrichtung einer Gedenkstätte auf einem der Ehrenfriedhöfe ist ungünstig, da hier zwar die Folgen der NS-Schreckensherrschaft

„Die Errichtung lokaler Gedenkstätten trägt dazu bei, Geschichte in ihren unmittelbaren Alltagszusammenhängen sichtbar, erkennbar und erlebbar zu halten.

Die Zusammenarbeit von Bürgern, der Belegschaft eines Großbetriebs, von Parteien und Institutionen bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in diesem Fall ist außergewöhnlich und begrüßenswert und soll gefördert werden.

Diese Entscheidung für eine Gedenkstätte in Drütte soll die in vielen Städten und Gemeinden, Schulen und Universitäten arbeitenden Initiativen in ihrer Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte des Nationalsozialismus ermutigen. Das kann dazu beitragen, den Versuchen, den Nationalsozialismus als bedauerliches Zwischenspiel deutscher Geschichte herunterzuspielen, entgegenzutreten.“

aus einem Antrag der Fraktion „Die Grünen im Bundestag“

zu sehen sind, aber die Gründe, die zu den fast 4000 hier beerdigten Toten führten, nicht erkennbar wird. Dies aber genau wird in Drütte deutlich. Die auf Jammertal und Westerholz Begrabenen waren Opfer einer menschenverachtenden Nutzung als

„Wir haben vor kurzem erfahren, daß diese Leute beabsichtigen, auf dem Lagergelände eine Dokumentationsstätte zu errichten, ein Gedanke, den wir für sehr interessant halten, weil wir den nachfolgenden Generationen Zeugnis davon geben müssen, was einer kulturell entwickelten und gebildeten Bevölkerung durch den Wahnsinn einer Handvoll Einzelner widerfahren konnte, der Massaker und Zerstörungen in Deutschland und ganz Europa zur Folge hatte. Wir sehen hier in eine ernste Aufgabe, um die nachfolgenden Generationen vor den Gefahren einer bestimmten Art von Propaganda zu bewahren, damit sie verhindern können, das wieder zu erleben, was wir durchmachen mußten.“

Wir, die Überlebenden, sind entschieden gegen die Einrichtung dieser Dokumentationsstätte an anderer Stelle als dem früheren Lager Drütte, wo sie ihre eigentliche Da-seinsberechtigung hat und auch die Wirkung erzielt, die erforderlich ist, um Zeugnis vom Geschehen abzulegen...“
aus einem Schreiben von 7 französischen Überlebenden des KZ Drütte

Material für die Rüstungsproduktion der Reichswerke Hermann Göring. Und gerade diese „Vernichtung durch Arbeit“, die anders als z.B. der Völkermord an den Juden wenig bekannt ist, gilt es in Drütte zu dokumentieren. Und es scheint, daß, entgegen aller anderslautender Beteuerungen gerade diese Frühgeschichte den Stahlwerken immer noch derart unangenehm ist, daß sie sie keinesfalls auf

„Auch hier in Salzgitter, dessen Entstehen im engen Zusammenhang mit der Kriegsrüstungspolitik der Nationalsozialisten steht, haben wir allen Anlaß, daran zu erinnern, daß in dieser Stadt über 4000 Menschen als Opfer des Nationalsozialismus ihr Leben lassen mußten. (...) Die Erinnerung an ihr Schicksal dürfen wir nicht verdrängen. Doch rufen wir auch dazu auf, nicht nur der Opfer zu gedenken, sondern in Erinnerung zu halten, wie es überhaupt zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft kommen konnte und was wir für heute aus diesem Teil unserer Geschichte für Lehren ziehen müssen.“

Dies erscheint uns angesichts der Perspektivlosigkeit, in die heute die Massenarbeitslosigkeit in unserem Land immer mehr Menschen zurückkläuft, dem Wiedererstarken rassistischer und autoritärer Tendenzen, sowie dem vermehrten Entstehen neofaschistischer Gruppierungen besonders dringlich.

Wir müssen aber feststellen, daß es bisher in Salzgitter keine Stätte gibt, die beides - ein Gedenken für die Opfer und eine Aufklärung für die Gegenwart - zuläßt.“

aus dem Gründungsauftrag des Komitees Dokumentationsstätte KZ Drütte

dem Werksgelände dokumentiert haben wollen.

Anders jedenfalls ist das Finden immer neuer Gründe, die gegen eine Gedenk- und Dokumentationsstätte

„wir, die wir in der Nachfolge der Ermordeten und Gepeinigten des KZ Drütte in diesem Werk arbeiten, dürfen die Zeit des Nazi-Terrors nicht vergessen oder Verdrängen, sondern müssen die Ursachen durch Mechanismen erkennen oder Verdrängen, Mechanismen erkennen und aufarbeiten, um daraus zu lernen, zumal die Zeit eng mit der Entstehungsgeschichte des Werks verbunden ist. Im Gegensatz zum westlichen und östlichen Europäischen Ausland gibt es in der Bundesrepublik nur wenige würdige Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern. Das Erleben und Nachempfinden der Situation der Häftlinge in Konzentrationslagern ist aber gerade an den Orten des Grauens möglich. Geradezu einmalig ist das ehemalige KZ Drütte zur atmosphärischen und optischen Vermittlung der engen Verpflechtung von Staat, Großindustrie, KZ Lagern und Zwangsarbeit geeignet.“

aus der Entschließung des Betriebsrats der Stahlwerke Peine-Salzgitter, Werk Salzgitter

in Drütte sprechen sollen, inzwischen nicht mehr zu erklären. Doch bleibt zu fragen, ob es für ein Unternehmen, das dazu auch noch dem Bund gehört, nicht auch Imagefördernd sein könnte, wenn es an der Aufarbeitung einer Vergangenheit mitwirkt, der sich zu stellen andere Unternehmen, die auch KZ-Häftlinge beschäftigt haben, bis heute nicht geschafft haben.

Arbeitskreis Stadtgeschichte

Im Gedenken eine Gefahr gesehen

Warum die CSU keine Mahnmale für KZ-Außenstellen will

Wieder einmal hat es der Landtag versäumt, durch einen gemeinsamen, eindeutigen Beschluß die Ernsthaftigkeit der ganzen Volksvertretung bei der Ächtung nationalsozialistischen Unrechts und beim Gedenken an die Opfer nachzuweisen. Von der kaum nachvollziehbaren Haltung der CSU zu einer von überlebenden Opfern der Hitler-Diktatur zusammengestellten Ausstellung über kleinliches Gezänk anläßlich von Gedenktagen führt ein direkter Weg zum Schicksal des Antrags auf der Drucksache 6909, den die SPD-Abgeordneten Horst Heinrich und Otto Benner eingebracht hatten.

Sie wollten erreichen, daß der Landtag die Staatsregierung auffordere, die Erinnerung an die zahlreichen Außen- und Unterkommandos der Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg auf bayerischem Gebiet durch „geeignete Maßnahmen“ wachzuhalten. Solche „Maßnahmen“ sollten nach ihrem Dafürhalten nicht nur in einer Verbesserung des Geschichtsunterrichts bestehen, sondern auch die Anregung an Kommunen und Landkreise einschließen – sofern noch nicht geschehen –, durch Mahnmale, Gedenkstätten oder Erinnerungstafeln die Opfer zu ehren, an die Unmenschlichkeit zu erinnern und die Nachwelt zu mahnen; der Staat sollte sich zur Hälfte an den Kosten solcher Mahnmale beteiligen.

Ein solcher Antrag mag als späte Selbstverständlichkeit erscheinen, als „sanftes Einwirken auf die Gemeinden, die auf diesem Ohr gewissermaßen taub sind“, wie es Antragsteller Heinrich am Dienstagabend in der abschließenden Landtagsdebatte formulierte. Es kam aber anders; die CSU verweigerte dem wesentlichen Teil des Antrags geschlossen die Gefolgschaft.

Da könnte ja „in der Bundesrepublik, ja in der ganzen Welt der Eindruck entstehen, als wäre ganz Bayern, ja gerade Bayern und nur Bayern... ein einziges KZ-Lager gewesen“, sorgte sich der CSU-Abgeordnete Richard Hundhammer. Er glaubte auch, seinen verstorbenen Vater Alois Hundhammer, den die Nazis in das Konzentrationslager Dachau ge-

bracht hatten, als Zeugen gegen den SPD-Antrag aufrufen zu müssen. Hundhammer senior, nach dem Krieg führender Politiker der CSU, würde „den SPD-Antrag ablehnen, weil dieser ein völlig falsches politisches Bild geradezu provozieren würde“, sagte der Sohn im Landtag. „Wir möchten nicht, daß vielleicht gerade die Gemeinde oder derjenige Ortsteil einer Gemeinde, in dem dies geschehen ist, dann als Beherberger eines KZ-Unterkommandos gebrandmarkt wird“, denn: „Sowohl die Gemeinde, als auch der einzelne Bürger oder irgendwelche Gruppen von Bürgern standen diesem Geschehen ohnmächtig gegenüber“, wehrte der CSU-Abgeordnete den SPD-Vorschlag ab. Die „regionale Sicherung der Nazi-Spuren“ sei schließlich in Bayern „so intensiv wie sonst in keinem anderen Bundesland“ betrieben worden.

Bei solchem Geschichtsbewußtsein verfiel auch der Appell des SPD-Abgeordneten Volker von Truchseß für ein gemeinsames Votum nicht. Es wäre ein „tragischer Vorgang“, wenn es nicht dazu käme, sagte der SPD-Abgeordnete, wenn es „anderen Ländern überlassen bleibt, an die schrecklichen Leiden der Nazi-Zeit zu erinnern“, wo doch der Nationalsozialismus seinen Ausgang gerade auch vom Land Bayern aus genommen habe.

Vom Landtag wird jedenfalls kein Anstoß ausgehen, mit Gedenktafeln oder Mahnmalen an jene der insgesamt 276 Außenlager und Unterkommandos der Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg zu erinnern, die auf bayerischem Gebiet liegen, und die von den zuständigen Kommunen bisher noch nicht gewürdigt wurden. Übrig blieb vom SPD-Antrag lediglich die Forderung, das „Wissen um diese Außen- und Unterkommandos stärker als bisher regional zugeordnet im Geschichtsunterricht“ einzubringen. Vielleicht geht auch in diesem Fall wieder einmal die Initiative nicht vom Parlament, sondern vom Volk selbst aus. Längst haben an andererorts Schüler und örtliche Bürgerinitiativen das in die Hand genommen, wozu sich die CSU-Mehrheit am Dienstagabend im Landtag nicht verstehen wollte.

Michael Stiller

„Gedenkstätten keine toten Museen“

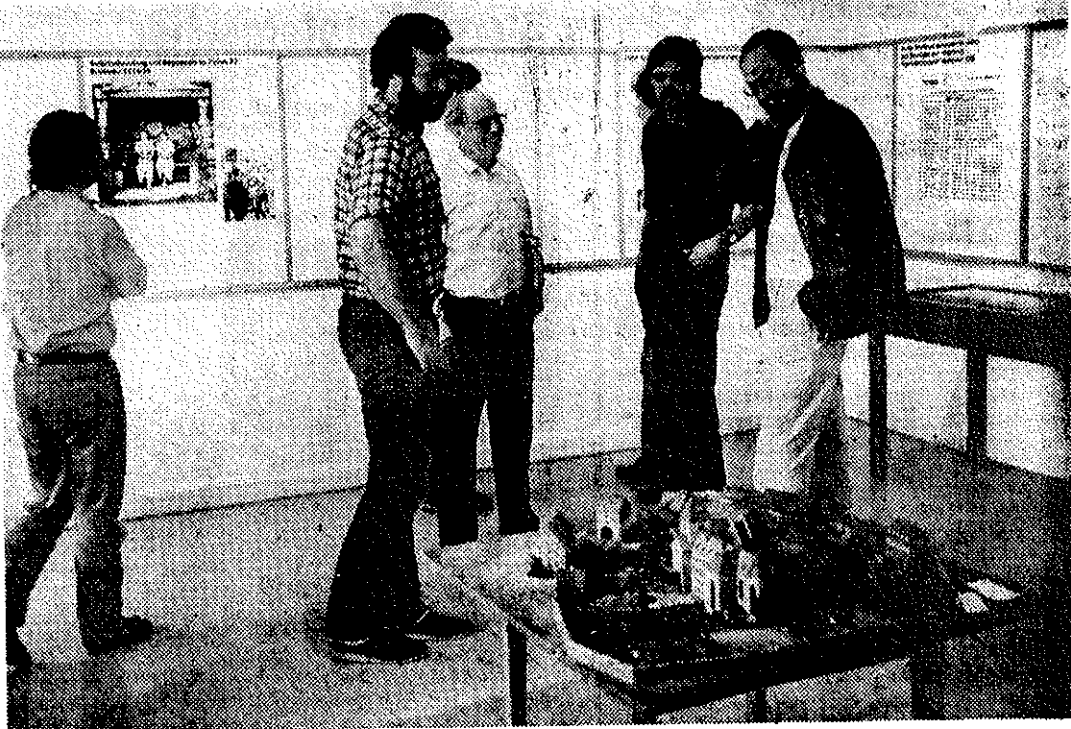
Hofgeismar (j). Gedenkstätten sollen Orte der Besinnung und des Gesprächs, der Meditation sein. Dort sollte es „keine Vorträge und keine Belehrungen, sondern ausschließlich wissenschaftlich gesicherte historische Informationen geben, mit denen sich die Besucher selbst auseinandersetzen müssen“. Das ist der Schwerpunkt einer Tagung in der Evangelischen Akademie in Hofgeismar, zu der sich Vertreter des „Arbeitskreises der Gedenkstätten und Initiativen für die Opfer des NS-Regimes“ aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengefunden haben.

Es ist das erste bundesdeutsche Treffen, das von einer hessischen Gedenkstätte ausgerichtet wird.

Etwa 60 Mitarbeiter von bundesdeutschen Gedenkstätten und Initiativen, dazu Vertreter des Anne-Frank-Hauses in Amsterdam sowie der beiden polnischen Gedenkstätten Stutthof und Majdanek nehmen an der Tagung teil, die noch bis zum Sonntagnachmittag dauert. Gemeinsame Veranstalter sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienst, die Evangelische Akademie Hofgeismar, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Gedenkstätte Breitenau im Schwalm-Eder-Kreis.

„Zeit verdrängt“

Professor Dr. Dietfried Krause-Vilmar von der Gesamthochschule Kassel, der auch Leiter der seit September 1984 bestehenden Gedenkstätte Breitenau ist, in der bisher etwa 8 500 Besucher im Jahr gezählt wurden, beklagt die Problematik der Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes, „weil die Mehrheit der Bürger die Zeit verdrängt, sich nur einzelne erinnern wollen“. Die Schwierigkeiten seien auch dadurch zu erklären, „daß Deutschland das Land der Täter und Helfer, aber auch der Mitläufer und der Opfer ist.“ Durch den raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau sei außerdem „die



DIE GEDENKSTÄTTE BREITENAU in dem ehemaligen Kloster gleichen Namens bei Guxhagen besichtigten die Tagungsteilnehmer am Freitag. Dort wurden von der Gesamthochschule Kassel ein Archiv und eine Ausstellung unter dem Titel

„Erinnern an Breitenau 1933–1945“ aufgebaut, die über das „Arbeitslager“ informiert, das dort während der NS-Zeit eingerichtet war. Im Vordergrund ein Modell des Gesamtkomplexes.

(Foto: Liese)

Befreiung vom Alpdruck des Faschismus“ verhindert worden.

Mit den Gedenkstätten für die Opfer des Nazi-Regimes, so sind die Teilnehmer überzeugt, sei eine „grundlegende Änderung der Einstellung der Menschen anzustreben“. Gedenken dürfe es nicht nur an historischen Tagen geben. Gedenken sei immer notwendig.

Einblick in die Arbeit

Am Beispiel der Gedenkstätte Breitenau, am Freitag von den Tagungs-Teilnehmern durch einen mehrstündigen Besuch in das Akademie-Programm aufgenommen, wurde die pädagogische Arbeit des Arbeitskreises

verdeutlicht. Angestrebt werden müsse ein Verzicht auf Grausamkeiten und Sensationen in den Gedenkstätten. Vielmehr müßten Einblicke in die Quellen und die umfangreiche und meist schwierige Arbeit der Initiativen gewährt, Fakten dargestellt werden. Dabei dürfe es „nicht Aufgabe der Gedenkstätten sein, Urteile vorzugeben“. Die Besucher müßten sich vielmehr durch Informationen, Gespräche und historische Fakten ein eigenes Urteil bilden.

Noch eines ist für die Teilnehmer der bundesweiten Arbeitstagung in Hofgeismar wichtig: Auch Gedenkstätten dürfen keine „toten Museen“ sein mit einer in sich abgeschlossenen

Ausstellung. Auch Gedenkstätten seien „lebendige Orte“, in die die Erfahrungen der Gegenwart aufgenommen werden.

„Immer gegenwärtig“

Geschichte, so betonte der Sprecher der Aktion Sühnezeichen, Thomas Lutz (Berlin), sei schließlich immer gegenwärtig. Als Beispiele führte er die jüngsten antisemitischen und ausländerfeindlichen Äußerungen an, „denen die Argumentationsmuster zugrunde liegen, die im Dritten Reich gebräuchlich waren“, wenngleich die Zahl der Zeitzeugen, die authentisch über die Geschehnisse berichten könnten, immer kleiner werde.

Forderungen der Neuengammer Initiative an die Hamburger Kulturbehörde und den Senat:

»Klinkerwerk für die KZ-Gedenkstätte nutzen«

BERGEDORF (kn). Für die Verbesserung der Gedenkstättenarbeit in Neuengamme haben sich die Teilnehmer eines Seminars von antifaschistischen Initiativen und Gruppen am Wochenende in Neuengamme ausgesprochen. Auf Einladung der »Initiative Dokumentationsstätte Neuengamme« waren etwa 30 Teilnehmer von fast zehn Gruppen in die Vierlande gekommen, um über Möglichkeiten und Chancen der Gedenkstättenarbeit zu diskutieren, darunter neben der veranstaltenden Initiative die »Amicale Internationale« (deutsche Sektion der Lagergemeinschaft Neuengamme), der Verband der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN), die »Aktion Sühnezeichen«, der Landesjugendring, der Museumspädagogische Dienst der Kulturbehörde, der Leiter des Dokumentenhauses Ludwig Eiber und die sogenannte Außenlager-Initiative (Außenlager von Neuengamme waren unter anderem bei Braunschweig und Hannover).

Dabei waren auch Landschafts-Architekten, die sich derzeit im Auftrag der Kulturbehörde mit der Gestaltung des Geländes beschäftigen.

Nach einem Referat von Detlef Hoffmann und einer ausführlichen Diskussion formulierten die Seminar-Teilnehmer folgende Forderungen an die zuständige Kulturbehörde:

- Bessere Räumlichkeiten und mehr pädagogisches Personal für die KZ-Gedenkstätte. Die Betreuung von Gruppen wird derzeit als unzureichend angesehen. Die Dokumentenhaus-Mitarbeiter bewältigen die notwendigen Arbeiten unter großem zeitlichen Druck.
- Überarbeitung der Ausstellung im Dokumentenhaus und Ergänzung durch historische Originalgegenstände, Großfotos und Reproduktionen.
- Spurensicherung. Gemeint sind nicht nur die Spuren der Zeit des Nazi-Regimes sondern auch jene der Nachkriegszeit, an denen nach Ansicht des Seminars der Wunsch nach Verdrängung des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte sichtbar wird (beispielsweise Außen-Werbeschilder von Betrieben, die noch bis vor kurzem in einigen Räumen untergebracht waren).
- Einbeziehung der Krematoriums-Grundplatte in den Rundweg. Diskutiert wurde auch eine sinnvolle Verkürzung des Rundweges.

● Nicht versperrt werden sollte der Blick auf das ehemalige Häftlingslager (heutige Strafanstalt) durch Bepflanzungen. Es wurden in diesem Jahr dort Bäume entlang des Geländes der Strafanstalt gepflanzt, die, wenn sie groß genug geworden sind, keinen Blick mehr auf die Strafanstalt zulassen würden. Diese gehört nach Ansicht der Initiative jedoch unmittelbar zu dem KZ-Gelände. »Man soll sehen können, was heute mit dem Gelände gemacht wird«, formulierten einzelne Diskussions-Teilnehmer.

● Das Klinkerwerk soll für die Gedenkstättenarbeit genutzt werden. Es existiert ein Senatsbeschluss, dieses teilweise restaurierte Gebäude nicht museal zu nutzen.

● Durchführung eines wissenschaftlichen Symposiums über die Zukunft der Gedenkstätte. Dieses hatte Bürgermeister Dohnanyi 1984 selbst gefordert, um im Anschluß an ein Experten-Urteil über die Konzeption der Gedenkstätten-Arbeit entscheiden zu können.

D Veranstaltungen

Studienreise nach Israel im September 1987

Nachdem es im letzten Rundbrief (Siehe Nr. 14, S. 21) schon einmal angekündigt war, hier die endgültige Festlegung:

Die Studienreise für Mitarbeiter von KZ-Gedenkstätten/Initiativen nach Israel wird im September 1987 stattfinden!

Wahrscheinlich die zweite und dritte Septemberwoche sind geplant. Ansonsten wird sich das Programm der Reise nicht verändern. Im Mittelpunkt steht die Besichtigung der Gedenkstättenarbeit in Israel. Informationen zur heutigen Situation und ein kulturelles Programm können angesichts der Kürze der Zeit nur Rahmenprogramm sein.

Da diese Fahrt nur stattfinden kann, wenn sich etwa 12 Teilnehmer fest anmelden und Zuschüsse in diesem Herbst schon beantragt werden müssen, bitte ich alle Interessenten sich bis spätestens Ende August anzumelden.

HEIMATGESCHICHTLICHER WEGWEISER ZU STÄTTEN DES WIDERSTANDES UND DER VERFOLGUNG 1933 - 1945

BAND 3, NIEDERSACHSEN II

PRESSEMITTEILUNG

Nach den beiden Bänden über Hessen und Niedersachsen I (Regierungsbezirke Braunschweig und Lüneburg) erschien zum Mai 1986 der dritte Band des „Heimatgeschichtlichen Wegweisers zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 - 1945“: Dieser Band – Niedersachsen II – stellt die Regierungsbezirke Hannover und Weser-Ems vor.

In seinem Vorwort führt Rolf Wernstedt, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag, u.a. aus: „Der Wegweiser ist Hilfe für die, die aus ihrer Heimat die Jahre 1933 - 1945 nicht verbannen, sondern sie in angemessener Erinnerung geschichtlich wieder hereinholen wollen“.

In diesem Buch wurden für hunderte von Orten die Spuren zusammengetragen, die – mehr oder weniger augenfällig – an die Zeit des Faschismus und des Krieges erinnern. Im Einzelnen dokumentiert der vorliegende Band, jeweils orientiert an Kreisen und Gemeinden, die folgenden Komplexe:

- * Widerstand und Naziterror
- * „Rassische“ Verfolgung und „Euthanasie“
- * Konzentrationslager und Zwangsarbeit

Er gibt Auskunft über die Geschichte und den Zustand des öffentlichen Erinnerns, oft aber auch des Vergessens und Verdrängens der Ereignisse während des deutschen Faschismus. Im Blick sind dabei die von den Nazis Verfolgten ebenso wie die antifaschistischen Widerstandskämpfer.

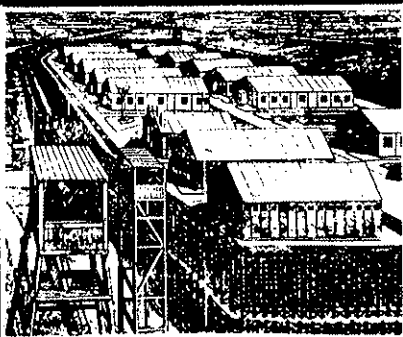
Herausgegeben wird die „Wegweiser“-Reihe vom Frankfurter „Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933 - 1945“ und vom Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - (VVN) - Bund der Antifaschisten. Beteiligt an diesem in der Bundesrepublik einmaligen Forschungsprojekt sind ehemalige Widerstandskämpfer und Überlebende der Lager ebenso wie Gedenkstätteninitiativen und Geschichtswerkstätten, Gewerkschafter, Jugendgruppen und Schulklassen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen.

Ziel der Reihe ist, dazu beizutragen, daß aus den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung, die überall, auch in der engeren Umgebung zu finden sind, Stätten der Begegnung mit der Geschichte und Aufklärung werden. Fortgesetzt wird die Reihe, an deren Ziel eine Darstellung sämtlicher Bundesländer und von Stätten im benachbarten Ausland steht, mit dem gegenwärtig in Vorbereitung befindlichen Band über Baden-Württemberg.

Frankfurt/ Main – Köln, im Mai 1986

Heimatgeschichtlicher Wegweiser
zu Stätten des Widerstandes
und der Verfolgung
1933 - 1945

Niedersachsen II



Pahl-Rugenstein Verlag

Herausgeber: Präsidium der VVN - Bund der Antifaschisten,
Rossertstr. 4, 6000 Frankfurt/ Main 1,
Tel. 069/ 72 76 49

Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der
Geschichte des deutschen Widerstandes 1933 - 1945,
Rossertstr. 9, 6000 Frankfurt/ Main 1,
Tel.: 069/ 72 15 75 (Redaktion)

Verlag: Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51,
Tel. 0221/ 36 40 51

Das Titelbild des Wegweisers Niedersachsen II, Regierungsbezirke Hannover und Weser-Ems, zeigt das Lager Börgermoor im Emsland, gezeichnet von dem ehemaligen Häftling Jean Kralik.

22 Widerstandsforschung wird unter „linksextrem“ geführt

Niedersachsens Verfassungsschutz-Bericht löst Proteste aus

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER, 25. Mai. Gegen die Erwähnung eines von ihnen geförderten „Heimatgeschichtlichen Wegweisers“ zu Stätten des Widerstands 1933–1945“ im jüngsten Verfassungsschutz-Bericht des niedersächsischen Innenministeriums haben die SPD-Landtagsabgeordneten Otto Graeber und Rolf Wernstedt bei Innenminister Möcklinghoff (CDU) protestiert.

Der von in- und ausländischen Experten, darunter auch von der Ludwigsburger Zentralstelle für die Ermittlung von Nazi-Verbrechen, mit viel Lob bedachte „Wegweiser“ ist eine Buchreihe des von Professor Wolf Rüdiger Wilms (Heidelberg) geleiteten Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstands 1933 bis 1945. In dieser Reihe erschien Ende 1984 ein Band über Ost- und Südniedersachsen, zu dem der SPD-Abgeordnete Graeber, der

Kreislvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Northeim ist, das Vorwort schrieb. In den nächsten Tagen wird der Studienkreis einen Band über West- und Nordniedersachsen vorlegen; das Vorwort darin stammt von dem Historiker Rolf Wernstedt, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

Der Verfassungsschutz-Bericht des Hannoverschen Innenministeriums erwähnt den „Wegweiser“ unter der Überschrift „Linksextremismus“ und wirft ihm „ideologische Geschichtsklitterung“ sowie „kommunistische Propaganda“ vor, ohne diese Anschuldigungen auch nur mit einem einzigen Textbeispiel zu belegen. Besonders Anstoß nimmt das Innenministerium an der Tatsache, daß die Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN) an der Herausgabe beteiligt sind.

Gegen diese Aufführung des „Wegweisers“ im Verfassungsschutzbericht hat es schon von vielen Seiten Proteste gegeben.

Ich bitte alle Bezieher des Kundbriefes ebenfalls zu überlegen, in welcher Weise geeignet reagiert werden kann.

Der zuständige Minister ist der niedersächsische Innenminister, in der neuen Regierung Herr Hasselmann. Anschrift: Postfach, 3 H 1.

Den Auftrag des Parlaments nicht erfüllt

Staatliche Stellen im Ausland hatten das Erscheinen des „Wegweisers“, der auch das Schicksal von Kriegsgefangenen und Verschleppten aus dem Ausland dokumentiert, lebhaft begrüßt. So bekundete die belgische Regierung nach Begutachtung durch ihre „Verwaltung für Kriegsbetroffene“ dem Studienkreis „Dankbarkeit und volle Bewunderung“.

In seinem Protestbrief an Möcklinghoff kritisiert Wernstedt die Forschungsarbeit „zweifellos verdienstvoll, längst überfällig und weittragend“. In diesem Zusammenhang erinnert der SPD-Politiker daran, daß der Landtag Anfang vergangenen Jahres fast einmütig die Landesregierung beauftragt hatte, ihm bis Dezember 1985 über den Stand der Erforschung der Nazi-Vergangenheit in Niedersachsen zu berichten. Dahinter stand die Absicht, Lücken in Forschung und Lehre sichtbar werden zu lassen, die dann geschlossen werden müßten. Wernstedt beschwert sich nun, daß die Regierung entgegen diesem Auftrag des Parlaments den Be-

richt nicht im vergangenen Jahr vorgelegt hat und auch seitdem in dieser Sache nichts von sich hat hören lassen; in drei Wochen wird ein neuer Landtag gewählt.

Auch Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg (SPD) sieht Anlaß zum Protest gegen den Verfassungsschutz-Bericht. Ebenfalls unter der Überschrift „Linksextremismus“ ist dort eine Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag des Atombombenabwurfs der USA auf Hiroshima erwähnt. Hiroshima und Hannover sind Partnerstädte. Schirmherrn der Gedenk-Veranstaltung unter dem Motto „Hiroshima mahnt – Stoppt den Rüstungswahnsinn“ waren Schmalstieg und sein eigens angereister Bürgermeister-Kollege Araki aus Hiroshima. Der Verfassungsschutz-Bericht vermerkt, am „Forum Hannover“, das die von 3500 Bürgern besuchte Veranstaltung organisierte, sei die Deutsche Friedens-Union beteiligt, die ihrerseits von der DKP beeinflusst sei.



Donald Kenrick &
Grattan Puxon:

Sinti und Roma

Die Vernichtung eines Volkes im NS-

Staat

pogrom-Taschenbuch 1004

270 S. mit Photos und Karten,
DM 7,80

Im Dritten Reich wurden Hunderttausende Sinti und Roma ermordet. Ihre Zahl wird auf eine halbe Million Opfer geschätzt. Sie wurden in den Konzentrationslagern vernichtet, fielen zahlreichen „Deportationen“ zum Opfer, verhungerten, starben als Arbeitsklaven des NS-Staates, wurden im Baltikum, in Galizien, der Ukraine oder Rußland erschossen. Etwa die Hälfte der deutschen und österreichischen Sinti und Roma sind umgekommen.

E Literaturhinweise

- Silbermann, A., Schoeps, J. (Hg.): Antisemitismus nach dem Holocaust, Bestandsaufnahme und Erscheinungsformen in deutschsprachigen Ländern, Köln, 1986 (Verlag Wissenschaft und Politik).
- Henryk Broder: Der ewige Antisemit, Frankfurt/M., 1986.
- Primo Levi: Wann, wenn nicht jetzt, München, 1986 (Hanser).
- Heiner Lichtenstein: Die Faßbinder Kontroverse oder die Schonzeit ist vorbei, Königstein 1986 (Athenäum).
- Arbeitskreis Asche-Prozeß (Hg.): Dokumente - Der Asche-Prozeß, (KVA Verlagsauslieferung GmbH, Werftbahnstraße 8, 2300 Kiel 14).
- Helga Grabitz: NS-Prozesse, Psychogramm der Beteiligten, Heidelberg 1985 (C.F. Müller Jur. Verlag).
- Jan Rehmann: Kirchen im NS-Staat, Berlin, 1986 (Argument-Sonderband)

Harry Mulisch: Das Attentat, München, 1986 (Hanser)

Holland in einer Winternacht des Jahres 1945. In dem aus vier Häusern bestehenden Weiler fallen Schüsse. Vom Fenster der Steenwijks aus ist es genau zu sehen: auf der Straße liegt ein Fahrrad und daneben ein Mann, der berüchtigte, mit den Nazis kollaborierende Polizeiinspektor Ploeg. Der Nachbar stürzt aus dem Haus und schleift den vor seiner Tür Liegenden vor die Tür der Steenwijks. Zehn Minuten nach dem Attentat sind die Deutschen da ...

Mehr als zwanzig Jahre später hört Anton, der als einziger von den Steenwijks überlebt hat, wie ein Mann seinem Kollegen erzählt, wie er 1945 den Polizeiinspektor mit mehreren Schüssen vom Fahrrad geholt hat. Von diesem Tag an kommt Anton von der schrecklichen Nacht nicht mehr los, weil alle Fragen nach Tätern und Opfern ins Absurde zu rutschen scheinen. Warum haben die Leute des Widerstands, die mit Vergeltungsaktionen der Deutschen rechnen mußten, das Leben Unschuldiger riskiert? Warum hat der Nachbar den Kollaborateur ausgerechnet vor die Tür der Steenwijks gelegt (und nicht vor das Nachbargrundstück auf der anderen Seite)? Wer aus den vier Häusern hat die Widerstandskämpfer denunziert?

Während die Kollaborateure nach dem Krieg wieder seelenruhig in Amt und Würden sitzen, werden die Opfer nicht fertig mit der Vergangenheit. Anton Steenwijk nicht und nicht Takes, der die Schüsse abgab, und nicht der Nachbar, der den Toten vor das Haus der Steenwijks geschleppt hat. Sämtliche Fronten sind durcheinandergeraten, und als wollte die Geschichte im Nachhin-

ein ihre Opfer verhöhnen, haben diejenigen, die in der Nacht des Attentats nichts gehört und gesehen haben wollen, am Ende als einzige eine weiße Weste.

Der Roman folgt dem Leben des Anton Steenwijk bis ins Jahr 1981, bis Steenwijk zumindest die Fakten vollständig rekonstruieren kann. Zur Tagesordnung übergehen können wird er dennoch nicht, weil er Abgründe gesehen hat, wo für andere die Welt noch nach Gut und Böse geordnet ist.

NEUAUFLAGE

Die vom Aktionskomitee Emslandlager e.V. herausgegebene und von Hanne Weißmann und Karl-Heinz Stell-Weißmann zusammengestellte Broschüre "Auf der Suche nach den Moorsoldaten" erscheint im Mai/Juni in einer vollkommen überarbeiteten und erweiterten 2. Auflage.

Die 1983 erschienene 1. Auflage (3000 Ex.) fand und findet großes Interesse bei all denjenigen, die sich mit der Geschichte der Emslandlager beschäftigen und sich selbst auf 'Spurensuche' nach den ehemaligen Lagerstätten begeben wollen.

Genaue Wegbeschreibungen zu den Stätten der ehemaligen Lager, kurze Darstellungen der jeweiligen Funktionen der Lager und die Einfügung von Berichten ehemaliger Moorsoldaten bieten einen interessanten Überblick über die Emslandlager 1933-1945.

Die 88seitige Broschüre kann ab sofort beim DIZ vorbestellt werden und wird bei Erscheinen sofort zugesendet (Preis ca. 6 DM zuz. Porto und Verpackung bei Zusendung)

Jutta Dillmann, Dietfrid Krause-Vilmar, Gunnar Richter (Herausgeber)

Mauern des Schweigens durchbrechen

Die Gedenkstätte Breitenau

Dies ist ein Bericht aus der Arbeit der Gedenkstätte Breitenau. Wichtig ist uns dabei gewesen, aus der Praxis unserer Erfahrungen zu berichten. Was äußern ehemalige Schutzhaftgefangene, die zum ersten Male seit mehr als vierzig Jahren *die Breitenau* besuchen? Auf welchem Wege erhalten sie überhaupt Kenntnis von unserer Arbeit? Wie wurden sie mit der Haftzeit später fertig? Konnten sie überhaupt damit fertig werden? Einer von ihnen setzt sich hin und schreibt einen Roman über seine verlorenen Jahre in den Konzentrationslagern der Nazis; ein anderer stellt sich fremd, als hätte es diese Zeit in seinem Leben nicht gegeben.

© Gesamthochschule Kassel 1986
ISBN: 3-88122-321-5

W. F. Haug: Faschisierung des Subjekts, Berlin, 1986 (Arg.-Sonderband)

R. Fröbe, C. Füllberg-Stolberg, C. Gutmann, R. Keller, H. Obenaus, H.H. Schröder: Konzentrationslager in Hannover, 2 Bde., Hildesheim 1985 (Veröffentlichung der histor. Kommission für Niedersachsen und die Hansestadt Bremen).

Ulrike Migdal (Hg.): Und die Musik spielt dazu. Chansons und Satiren aus dem KZ Theresienstadt, München 1986.

Heinz Knobloch: *Meine liebste Mathilde*, Berlin/West, 1986
(Das Arsenal).

»*Meine Liebste Mathilde*« ist die Anrede in Rosa Luxemburgs Briefen aus dem Gefängnis an Mathilde Jacob.

Wer war diese Frau, die Rosa Luxemburg einmal als »mein guter Engel« bezeichnete, die in ihrem Leben während der letzten Jahre eine unersetzliche menschliche Rolle spielte – und die doch in den Luxemburg-Biographien und der Literatur über diese Zeit kaum vorkommt?

Heinz Knobloch, Detektiv in der Alltags- und Untergrundgeschichte Berlins, suchte die fast ausgelöschten Spuren dieser unauffälligen Biographie:

Die Tochter eines jüdischen Schlächters vom Molkenmarkt (gegenüber dem Ephraim-Palais, im innersten Berlin) wird 1873 geboren; seit 1911 lebt sie im »jüdischen Hansaviertel« im Stadtteil Moabit – in der Altonaer Straße 11 betreibt sie ein »Schreib- & Übersetzungsbureau«; 1942 wird sie nach Theresienstadt deportiert, wo sie umkommt.

Die Freundschaft mit Rosa Luxemburg – fünf Jahre vor dem Hintergrund von Krieg und Novemberrevolution – ist der Höhepunkt ihres Lebens. Sie tippt Rosas Manuskripte, versorgt die verehrte Frau in den verschiedenen Gefängnissen mit Diätkost, Nachrichten, Büchern und Lebensmut, sie kümmert sich um die Katze und die Freunde, um Leo Jogiches, Franz Mehring, Karl Liebknecht ... 1918/19, als in Berlin »Ruhe und Ordnung« wieder hergestellt werden, wird sie zur politischen Genossin ihrer Freunde, die dem weißen Terror zum Opfer fallen.

Sie identifiziert und bewacht die Leiche der ermordeten Rosa Luxemburg – und rettet zwanzig Jahre später deren geistigen Nachlaß vor den Händen der Nazis.

Mathildes letzte Lebenszeichen findet Knobloch in den Akten des Oberfinanzpräsidenten Berlins, in der Buchführung der Massenvernichtung.

So endet dieser Bericht über ein jüdisches Schicksal in Berlin, wie er beginnt: mit dem Finger über den (Geschichts-)Stadtplan, vom Alexanderplatz zur Iranischen Straße ...
